



Integrationsausschuss

18. Sitzung (öffentlich)

26. September 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:35 Uhr

Vorsitz: Margret Voßeler (CDU)

Protokoll: Steffen Exner

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

7

Der Ausschuss kommt auf Anregung von **Gabriele Walger-Demolsky (AfD)** und mit Verweis auf den Bericht der Landesregierung sowie auf die Fragestunde in der 34. Plenarsitzung des Landtags überein, die Befassung mit Tagesordnungspunkt 13 für beendet zu erklären.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019)

8

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3300
Erläuterungsband Einzelplan 07
Vorlage 17/1038

– Einführung in den Einzelplan 07 im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses

2 Gesetz zur Änderung des Teilhabe- und Integrationsgesetzes 14

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/2659

Ausschussprotokoll 17/343

– abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 17/2659 – mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an.

3 Ausführungsgesetz zu § 47 Absatz 1b AslyG 16

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/2993

Stellungnahme 17/774

– Verfahrensberatung

Die Fraktion der SPD beantragt zum Gesetzentwurf – Drucksache 17/2993 – eine Sachverständigenanhörung.

4 Gesetzentwurf zur Änderung des Abschiebungshaftvollzugsgesetzes Nordrhein-Westfalen 17

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3558

Zuschrift 17/157

– Verfahrensberatung

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt zum Gesetzentwurf – Drucksache 17/3558 – eine Sachverständigenanhörung.

5 Förderlücke schließen: Ausbildung und Studium für Asylsuchende in andauernden Asylverfahren ermöglichen 18

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/2145

Ausschussprotokoll 17/312

– abschließende Beratung

Der Ausschuss kommt auf Anregung der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen überein, die Abstimmung über den Antrag – Drucksache 17/2145 – zu verschieben.

6 Integration strukturiert gestalten – Qualifizierung und Professionalisierung von Migrantenselbstorganisationen weiterentwickeln 22

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/2157

Ausschussprotokoll 17/314

– abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der Fraktionen von CDU und FDP – Drucksache 17/2157 – mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und AfD zu.

7 Prävention und Repression – Für eine stimmige Gesamtstrategie gegen Salafismus in Nordrhein-Westfalen 25

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/2750

– Verfahrensberatung

Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt zu verschieben und zur weiteren Befassung eine im federführenden Innenausschuss beantragte Sachverständigenanhörung abzuwarten.

8 Gewalt gegen unsere Einsatz- und Rettungskräfte konsequent benennen, systematisch erforschen und selbstbewusst bekämpfen 26

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/2150

Stellungnahmen 17/708,17/709,17/730,17/731 und 17/733

– abschließende Beratung und Abstimmung

Der Antrag der Fraktion der AfD – Drucksache 17/2150 – wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der AfD abgelehnt.

9 Land muss Verantwortung für Geduldete übernehmen und die Kommunen dauerhaft entlasten 27

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/2550

– Verfahrensberatung

Der Ausschuss kommt überein, sich **pflichtig** an der am 23. November 2018 um 12 Uhr durch den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen durchzuführenden Sachverständigenanhörung zum Antrag zu beteiligen.

10 Die Landesregierung muss die Integration von geflüchteten Menschen in den Arbeitsmarkt vorantreiben! 28

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/3011

– Verfahrensberatung

Der Ausschuss kommt überein, in der kommenden regulären Ausschusssitzung am 31. Oktober 2018 inhaltlich über den Antrag – Drucksache 17/3011 – zu beraten.

- 11 Flüchtlinge auf die Rückkehr in ihre Heimatländer vorbereiten – Einführung eines Programms „Fit4Return / Heimat mit Zukunft – Vom Geflüchteten zum Aufbauhelfer“** 29

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/3021 (Neudruck)

– Verfahrensberatung

Die Fraktion der AfD beantragt zum Antrag – Drucksache 17/3021 – eine Sachverständigenanhörung.

- 12 Clearingstellen zur Verbesserung der gesundheitlichen Situation von Zugewanderten (siehe Anlage 1)** 30

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/803

- 13 Abschiebung von Sami A. – Abweichungen zwischen den Aussagen des Integrationsministers Joachim Stamp im Rahmen der gemeinsamen Sitzung des Rechts- und Integrationsausschusses am 20.07.2018 und den Aussagen des Oberbürgermeisters der Stadt Bochum sowie der Dezernentin H. im Rahmen der Ratssitzung am 03.09.2018. Hat Minister Stamp die volle Wahrheit gesagt? (siehe Anlage 2)** 31

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1131

– keine Diskussion

Der Ausschuss kommt überein, zu Tagesordnungspunkt 13 keine Diskussion durchzuführen (siehe „Vor Eintritt in die Tagesordnung“).

- 14 Rechtswidrige Abschiebung Sami A. (siehe Anlage 3)** 32

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1132

- 15 Jede 2. Abschiebung scheitert. Was unternimmt die Landesregierung dagegen?** 47
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1120
- 16 Die Bundesregierung fördert DITIB nicht mehr. Wann zieht NRW nach?** 47
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1121
- 17 Interkulturelle Öffnung des öffentlichen Dienstes** 47
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1122
- 18 Erlass zur „Steuerung des Asylsystems in Nordrhein-Westfalen ab 2018“** 47
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1123
- 19 Vorstellung der 6. Kommentierten Zuwanderungs- und Integrationsstatistik** 47
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/907
- 20 Quartalsbericht „Staatliches Asylsystem“** 47
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1077
- Der Ausschuss kommt überein, die Tagesordnungspunkte 15 bis 20 auf die nächste reguläre Ausschusssitzung am 31. Oktober 2018 zu verschieben.
- 21 Verschiedenes** 48

2 Gesetz zur Änderung des Teilhabe- und Integrationsgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/2659

Ausschussprotokoll 17/343

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Der Gesetzentwurf wurde am 13. Juni 2018 zur Federführung an den Integrationsausschuss und zur Mitberatung an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen überwiesen. Seitens des AHKBW liegt ein positives Votum vor.)

Die Auswertung der Anhörung zeige, so **Ibrahim Yetim (SPD)**, dass die Sachverständigen die im Teilhabe- und Integrationsgesetz verankerte Weitergabe von Bundesmitteln in Höhe von 100 Millionen Euro an die Kommunen als nicht ausreichend erachteten: Die Sachverständigen bezeichneten die weitergeleiteten Mittel explizit als nicht ausreichend, als zu geringen Anteil, und den Kommunen werde etwas vorenthalten.

Zwar wisse er, dass die regierungstragenden Fraktionen der Vorgängerregierung vorwürfen, sie habe gar nichts weitergeleitet, er erinnere sich aber gut daran, dass sie in ihrer Oppositionszeit die vollständige Weiterleitung der Bundesmittel gefordert hätten. An diesem Versprechen müsse man sich messen lassen, und es nicht einzuhalten, habe zu einer riesigen Enttäuschung seitens der Kommunen geführt.

Ihn irritiere zudem, dass der Landesintegrationsrat, der in jedem Haushaltsjahr gefördert werde – im kommenden Haushalt mit 470.000 Euro – keine Erwähnung im Gesetz finde. Er fungiere als Vertretung der kommunalen Integrationsräte und damit derjenigen, für die der Integrationsausschuss arbeite, sowie als Ansprechpartner für die Politik. Der Landesintegrationsrat könne problemlos in § 10 des Gesetzes aufgeführt werden.

Den Gesetzentwurf lehne die Fraktion der SPD ab.

Berivan Aymaz (GRÜNE) schließt sich ihrem Vorredner an: Das Versprechen seitens CDU und FDP, die Integrationspauschale eins zu eins weiterzuleiten – wie im Wahlkampf intensiv gefordert –, sei nicht eingehalten worden. Dass nun überhaupt 100 Millionen Euro weitergeleitet werden sollten, begründe sich auch im Einsatz der Opposition. Es stimme sie froh, dass auf diesen Druck hin überhaupt etwas geschehe – die Grünen wollten sich daher enthalten –, jedoch hoffe sie für die Zukunft auf mehr.

Stefan Lenzen (FDP) vertritt den Standpunkt, die Ausführungen Ibrahim Yetims ließen sich mit der Devise „ganz oder gar nicht“ zusammenfassen. Die Vorgängerregierung habe in den Jahren 2016 und 2017 nichts weitergeleitet und für 2018 keine Vorsorge für die Weiterleitung der Integrationspauschale des Bundes getroffen. Durch ihre Ablehnung des Gesetzentwurfs wolle die SPD den Kommunen nun auch die darin festgeschriebenen 100 Millionen Euro verwehren. Die Regierungskoalition wolle hingegen

bestehende Spielräume für die Unterstützung der Kommunen bei ihrer Integrationsarbeit vor Ort nutzen.

Die Anhörung zum Gesetzentwurf bewerte er überdies anders – manchmal wirke es, als besuche man unterschiedliche Anhörungen. Die Unterstützung der Kommunen sei weitgehend begrüßt worden, und die Kommunen stimmten dem Verteilungsschlüssel ausdrücklich zu. Auch stoße es auf Zustimmung, Überschneidungen mit dem FlÜAG oder dem GFG zu vermeiden.

Bernhard Hoppe-Biermeyer (CDU) vertritt die Auffassung, durch die Weiterleitung von 100 Millionen Euro werde ein Einstieg geschafft, den Kommunen zu helfen, es dürfe aber nicht das Ziel sein, Probleme einfach wegzufinanzieren. Vielmehr gelte es, grundsätzliche Lösungen zu finden, und Duldungen sollten die Ausnahme sein.

Gabriele Walger-Demolsky (AfD) merkt an, es gelte, einen Gesetzentwurf zu bewerten und nicht ein Wahlversprechen. Die Kommunen warteten dringend auf das Geld, das ihnen nun zukommen solle, und es stehe ihnen auch zu.

Zugleich halte sie es für völlig normal, dass ein Teil der Integrationspauschale beim Land verbleibe, da auch das Land einen Beitrag zu Integration und Teilhabe leiste. Mit dieser Auffassung befinde man sich auf einer Linie mit den kommunalen Spitzenverbänden.

Die AfD werde dem Gesetzentwurf daher zustimmen.

Minister Dr. Joachim Stamp (MKFFI) erläutert, der an die Kommunen weitergeleitete Anteil in Höhe von 100 Millionen Euro entspreche in etwa dem Verbundsatz, Rot-Grün habe hingegen nichts an die Kommunen weitergeleitet.

Bezugnehmend auf Ibrahim Yetims Anmerkung zur fehlenden Berücksichtigung des Landesintegrationsrat könne nicht die Rede davon sein, dass der Landesintegrationsrat seitens der Landesregierung zu geringe Wertschätzung erfahre. Er habe bei dessen Hauptausschusssitzung selbst gesprochen und sich der Diskussion gestellt, und allein Katharina Gebauer als Abgeordnete der CDU-Fraktion sei als Vertreterin des Ausschusses anwesend gewesen.

Das Gesetz werde zudem nicht aufgrund von Druck seitens der Opposition, sondern aus eigener Überzeugung und im Austausch mit den kommunalen Spitzenverbänden auf den Weg gebracht.

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 17/2659 – mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an.